

08.11.2023
23/93**„NIE WIEDER IST JETZT!“****Hessens Landtagspräsidentin besucht die Jüdische Gemeinde Wiesbaden**

Landtagspräsidentin Astrid Wallmann hat die Jüdische Gemeinde in Wiesbaden besucht und im Gespräch mit Mitgliedern des Vorstandes ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht: „Der menschenverachtende und barbarische Terror der Hamas, der die Auslöschung Israels und des Judentums zum Ziel hat, ist auf das Schärfste zu verurteilen. Ich möchte Ihnen in dieser schweren Zeit auch im Namen der Abgeordneten des Hessischen Landtages Trost, Kraft und Hoffnung zusprechen. Wir denken an die vielen Opfer, an die Verletzten und die Hinterbliebenen. Insbesondere denken wir an die Geiseln und Vermissten, die von der Hamas verschleppt wurden, und um deren Leben wir gemeinsam mit Ihnen, unseren jüdischen Freundinnen und Freunden, bangen.“ Für den Hessischen Landtag forderte die Präsidentin die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln, damit diese umgehend zu ihren Familien zurückkehren können.

Bei ihrem Besuch erinnerte die Landtagspräsidentin auch an die Verbrechen in der Reichspogromnacht während des Nationalsozialismus: „Am 9. November 1938 erfolgten überall im damaligen Deutschen Reich staatlich gelenkte und organisierte Gewaltmaßnahmen gegen Juden. Diese barbarische Nacht vor 85 Jahren bildete den Auftakt für das, was wenig später in der systematischen Ermordung der Juden in Europa mündete. Bereits zuvor war jüdisches Leben durch Boykotte, Schikanen, die Nürnberger Rassegesetze und andere Maßnahmen fast unmöglich gemacht worden.“

Astrid Wallmann betonte: „Der aktuell in unserem Land immer offener gezeigte Antisemitismus gibt erneut Anlass zu großer Sorge. Nicht hinnehmbare gesellschaftliche Entwicklungen, wie etwa die Tatsache, dass der Antisemitismus auch in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen ist, müssen wir klar und deutlich benennen und auf unsere Worte auch Taten folgen lassen. Das heißt konkret: Die Sicherheit der bei uns lebenden Jüdinnen und Juden und damit der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland muss ohne Wenn und Aber mit allen Mitteln des Rechtsstaates durchgesetzt werden. Es ist die Pflicht von Staat und Gesellschaft alles zu tun, damit sich antisemitisches Gedankengut und antisemitische Strukturen in Deutschland nicht weiter entfalten und dass Jüdinnen und Juden sicher und ohne Angst unter uns leben können. Wenn wir aus der Geschichte gelernt haben, dann heißt ‚NIE WIEDER‘: ‚NIE WIEDER IST JETZT‘.“

Die Landtagspräsidentin betonte: „Das jüdische Leben und die jüdische Kultur sind ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft, hier in Wiesbaden, in Hessen, und über die Landesgrenzen hinaus. Das Gedenken an die Reichspogromnacht im Jahr 1938 muss uns in diesem Jahr ganz besonders dazu mahnen, uns mutig und entschlossen gegen Antisemitismus und Rassismus zu engagieren. Gewalt und Hass gegen Jüdinnen und Juden sind immer auch ein Angriff auf unsere pluralistische und offene Gesellschaft und damit auch auf zentrale Werte unserer Demokratie.“

Pressestelle des Landtages

Pressesprecher: Moritz Josten

Telefon: 0611 350306

Telefax: 0611 350305

E-Mail: pressestelle@ltg.hessen.deInternet: www.hessischer-landtag.de

Hessischer Landtag

Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden



Dr. Jacob Gutmark, Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen und Mitglied des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden, sagte: „Die Gräueltaten der Hamas übersteigern die schlimmsten Phantasien. In der Jüdischen Gemeinde in Wiesbaden, wie auch in den anderen Jüdischen Gemeinden in Hessen, fühlen wir eine tiefe Betroffenheit, Trauer und Entsetzen über die furchtbaren Nachrichten und Bilder, die uns seit dem 7. Oktober erreichen.“ Dr. Gutmark erklärte darüber hinaus: „Der Antisemitismus sorgt auch bei uns dafür, dass jüdische Eltern ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken möchten und Gemeindemitglieder Bedenken haben, sich öffentlich als Jüdinnen und Juden erkennen zu geben. Doch wir möchten auf unseren Alltag natürlich nicht verzichten. Dieser Alltag ist aber zunehmend nicht nur der Gefahr des Rechtsextremismus ausgesetzt, sondern auch des islamistischen Antisemitismus und einem Antisemitismus, der in Deutschland wieder in der Mitte der Gesellschaft zu finden ist. Dankbar sind wir deshalb über jede klare und glaubwürdige Haltung seitens der Politik, so wie diese durch die Präsidentin des Hessischen Landtages bei ihrem Besuch erneut zum Ausdruck gebracht wurde.“
